

8. Medienqualität fördern – Medienausbildungszentrum MAZ unterstützen

Motion Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf), Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon), Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil), Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster) vom 13. Dezember 2022

KR-Nr. 479/2022, RRB-Nr. 231/1. März 2023 (Stellungnahme)

Ratspräsident Jürg Sulser: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Motion nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 1. März 2023 bekanntgegeben.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Mit unserer Motion möchten wir einen Beitrag zur Gleichbehandlung von unterschiedlichen Bildungswegen in der Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten leisten. Es gibt im Kanton Zürich verschiedene Möglichkeiten, sich zur Journalistin oder zum Journalisten ausbilden zu lassen. So gibt es den dreijährigen Bachelor-Studiengang Kommunikation und Medien an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, ZHAW, in Winterthur. Es gibt die Möglichkeit, sich in der verlagseigenen Ringier-Journalistenschule, auch «Jouschu» genannt, ausbilden zu lassen. Oder man kann sich auf einer Redaktion anstellen lassen und berufsbegleitend den zweijährigen Studiengang «Journalismus» am Medienausbildungszentrum MAZ in Luzern besuchen. An der ZHAW absolviert man ein dreijähriges Studium. Für die zweijährige, praxisorientierte Ausbildung an der «Jouschu» in Zofingen gibt es ein strenges Bewerbungsverfahren, bei dem alle zwei Jahre etwas mehr als ein Dutzend Jungtalente aufgenommen werden. Und die zweijährige berufsbegleitende Ausbildung am Medienausbildungszentrum MAZ in Luzern setzt voraus, dass man nach einem Berufsabschluss oder einem Studium einen Ausbildungsplatz auf einer Redaktion vorweisen kann. Das sind drei unterschiedliche Wege, wie man den Einstieg in den Journalismus findet. Es gibt natürlich noch unzählige andere Wege, doch beschreitet ein Grossteil der Medienschaffenden einen dieser Wege. Wenn wir nun mit unserer Motion fordern, dass sich der Kanton Zürich auch an der Ausbildung der Medienschaffenden aus dem Kanton Zürich beteiligt, die den Ausbildungsweg mit der Redaktionsstelle und berufsbegleitender Ausbildung am MAZ in Luzern gewählt haben, dann heisst das nicht, dass wir den einen Ausbildungsweg gegen den anderen Ausbildungsweg ausspielen wollen. Die Wege sind zwar unterschiedlich, die Ausbildungen sind aber gleichwertig. Der Kanton Zürich könnte zwar, wie er in seiner Motionsantwort schreibt, die Angebote am MAZ grundsätzlich unterstützen, da er dem regionalen Schulabkommen über die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden und Ausrichtung von Beiträgen der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz beigetreten ist. Doch der Kanton Zürich will nicht, weil das MAZ, das seit 40 Jahren ununterbrochen in der Ausbildung von Medienschaffenden tätig ist, vom Bund nicht anerkannt ist.

Zwölf Kantone aus der Deutschschweiz beteiligen sich an den Kosten der Studierenden der zweijährigen Diplomausbildung am MAZ mit rund 10'000 Franken pro Jahr und Studierenden. Da aus dem Kanton Zürich jeweils vier bis sechs Teilnehmende den Studiengang am MAZ besuchen, würde dies für den Kanton Zürich jährliche Kosten von 40'000 bis 60'000 Franken bedeuten. Mit der finanziellen Beteiligung an den Ausbildungskosten von Zürcher Medienschaffenden, die ihre Ausbildung am MAZ in Luzern absolvieren, würde der Kanton Zürich einen wertvollen Beitrag zur Gleichbehandlung der Ausbildungswege, aber auch der Qualitätssicherung in den Medien beitragen.

Wie oft haben wir in der Vergangenheit vom Regierungsrat gehört, wie wichtig ihm die Medienqualität und die Förderung der Medienvielfalt ist? Wie oft haben wir vom Regierungsrat gehört, wie wichtig ihm eine gute Ausbildung der Medienschaffenden ist, wie wichtig auch eine gute Berichterstattung für die Demokratie ist? Wie oft haben wir aber auch vom Regierungsrat gehört, wie wichtig die duale Bildung und die Förderung der dualen Bildung ist? Darum ist es für uns umso unverständlicher, dass er mit eher vorgeschobenen Argumenten die Unterstützung einer Ausbildungsstätte vom Tisch wischt, die in der berufsbegleitenden, praxisnahen Ausbildung von tausenden von Journalistinnen und Journalisten einiges geleistet hat.

Viele ethische und medienethische Fragen stellen sich erst in der konkreten Praxis. Nicht nur in der Ausbildung, sondern auch in der Weiterbildung hat sich das MAZ in Luzern als kritischer Reflexionsort einen Namen gemacht. Mit einem jährlichen finanziellen Beitrag kann der Kanton Zürich einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung in den Medien leisten. Es ist frankenmässig zwar ein kleiner Hebel, aber ein wichtiges Bekenntnis zur Medienqualität.

Bitte überweisen Sie mit uns diese wichtige Motion. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Gehen wir einmal davon aus, dass, wie bisher, das SRF, Schweizer Radio und Fernsehen, eher linksorientiert ist (*Zwischenrufe*) und wenn immer möglich – wir gehen davon aus – die SVP oder bürgerliche Anliegen überkritisch beurteilt und darüber überkritisch berichtet, wäre es doch gut, wenn man durch politischen Einfluss auf deren Ausbildung nehmen könnte. Da wir in der Schweiz aber die freie Meinungsäusserung hochhalten, würden wir uns hierzulande eher ein Bein stellen, also lassen wir sie doch unabhängig. Doch wie unabhängig sind sie? «CH Media» (*Schweizer Medienunternehmen*) hatte am 21. September 2024 einen Kommentar in seinen Zeitungen von Stefan Wabel, Geschäftsführer des Verlegerverbands, mit dem Titel «Rettet den unabhängigen Journalismus», und er ruft darin gleichzeitig nach Unterstützung durch den Staat. Das ist ein Zielkonflikt erster Güte. Das MAZ, eine Stiftung, bildet Journalisten und Journalistinnen sowie Kommunikationsfachleute aus. Schaut man sich die Trägerschaft an, dann wird es interessant: SRG (*Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft*), SRF, Verband Schweizer Medien, Impressum (*Berufsverband der Medienschaffenden*), Gewerkschaften und weitere. Ist das Unabhängigkeit,

wenn die Medien schon lange am Tropf der Subventionen hängen? In der Herbstsession 2024 hat der Nationalrat beantragt, dass die indirekte Presseförderung für Tageszustellungen der Regional- und Lokalpresse für sieben Jahre von 30 auf 45 Millionen Franken aufzustocken sei. Die Verbilligung soll die Verlage finanziell entlasten. Wenn immer weniger Menschen ein Abo haben, dann sollten sich die Verlage hierzu Gedanken machen. Gemäss den Motionären und Motionärinnen sollte wahrscheinlich jeder Berufsstand mit Geld ausgestattet werden, damit die Qualität steigt und mehr Menschen diese Ausbildung in Angriff nehmen. Dies ist ein grundlegender und schwerwiegender Irrtum.

Von einem guten Kollegen habe ich zwar mitbekommen, dass das MAZ wirklich ein gutes Kompetenzzentrum für Journalismus und Kommunikation und die Ausbildung gut sei. Doch nun soll sich der Kanton Zürich mit Geld beteiligen – Forderung: Anteil Kanton Zürich an den Aus- und Weiterbildungskosten –, damit die Qualität des Journalistenberufs verbessert werden kann. Mehr Geld – bessere Qualität. Kürzlich hat nämlich die TX-Gruppe (*Schweizer Medienunternehmen*) 90 Personen entlassen, einen grossen Teil davon aus der Redaktion. Begründung: Damit die Qualität des Journalismus nun steigt. So geschrieben, spannend, nicht wahr, völlig im Widerspruch zur Forderung der AL. Um Subventionen zu erhalten, müsste sie aber eine akkreditierte Institution eines Hochschulbereichs sein, was sie nicht ist.

Geschätzte anwesende Presse, diese vorliegende Motion impliziert, dass Ihre gelieferte Qualität zu wünschen übrig lässt. Guter und investigativer Journalismus wäre ja super. Und damit dies eingehalten wird, sollten sich die Journalisten und die Journalistinnen eigentlich nur an den Journalisten-Kodex halten, nachzulesen bei «presserat.ch». Zudem können angehende Journalisten, Fachpersonen, wohnhaft im Kanton Zürich, einen Antrag auf Stipendien stellen. Diese Möglichkeit gibt es bereits, warum also nochmals etwas Neues erfinden? Die Kunden des MAZ sind zudem meistens Unternehmen mit digitalen und physischen Presseerzeugnissen. Und diese könnten sich doch beim MAZ mit höheren Beiträgen einbringen, so könnte die Ausbildung günstiger sein. Sie bekommen ja vom Staat viel Geld. Dies sollte doch auch in deren Interesse sein, oder nicht?

Die SVP/EDU-Fraktion lehnt diese Motion ab und wir bitten Sie, dies ebenfalls zu tun. Danke.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Mit diesem Vorstoss wollen wir die Benachteiligung von Studierenden aus dem Kanton Zürich durch höhere Studiengebühren beseitigen. Das MAZ, die Schweizer Journalistenschule mit Sitz in Luzern, soll durch eine jährlich wiederkehrende Finanzierung durch den Kanton Zürich unterstützt werden. Es geht um einen aktiven Beitrag zur Medienvielfalt und um einen Beitrag zur Qualitätssteigerung im Journalismus und – Achtung, es gilt keine voreiligen Schlüsse daraus zu ziehen –, es geht nur um eine qualitativ gute Aus- und Weiterbildung von Journalistinnen und Journalisten; dies zuhanden meines Vorredners. Dies ist nämlich besonders wichtig in der heutigen Zeit, in der eine starke Konzentration der Medientitel bis hin zu eigentlichen Monopolen feststellbar ist und in der vor allem lokale und regionale Medien um ihr Überleben

kämpfen. Sie selbst verfügen nicht oder nur über zu wenig der erforderlichen Mitteln, um den Qualitätsjournalismus aktiv zu fördern und ihren Mitarbeitenden eine kompetente Aus- und Weiterbildung zu finanzieren.

Genau diese Möglichkeit bietet das MAZ in Luzern mit seinen berufsbegleitenden Angeboten für Journalistinnen und Journalisten. Es bildet nämlich Journalistinnen und Journalisten aller Genres aus und unterstützt Kommunikationsverantwortliche sowie Führungskräfte aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung beim Schärfen ihrer rhetorischen, analogen, digitalen und visuellen Kommunikationskompetenzen. Journalismus, wie er am MAZ gelehrt wird, beruht auf den Prinzipien «Unabhängigkeit», «Wahrhaftigkeit», «Relevanz» und «Fairness». Das MAZ ist verankert in der Schweizer Medienwelt. Es wird aktuell von verschiedenen Deutschschweizer Kantonen mit einem jährlich wiederkehrenden Beitrag unterstützt. Es gibt unserer Meinung nach somit keinen Grund, weshalb der Kanton Zürich weiter auf eine Beitragsleistung verzichten soll. Denn bereits heute kommen viele der Studierenden und auch der Dozierenden aus dem Kanton Zürich. Allerdings müssen Zürcher Studierende eine höhere Studiengebühr selbst bezahlen. Jährlich wiederkehrende Beiträge aus dem Kanton Zürich können über das regionale Schulabkommen über die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden und Ausrichtung von Beiträgen der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz finanziert werden. Unterstützen wir also diese Motion, damit Medienschaffende und Kommunikationsverantwortliche aus dem Kanton Zürich nicht mehr weiter benachteiligt werden. Mit einem Ja zur Überweisung der Motion leisten wir einen wichtigen Beitrag für einen guten, fairen, qualitativ hochstehenden Journalismus.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): Mit der Motion wird der Regierungsrat beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, mit der er eine jährlich wiederkehrende Mitfinanzierung des MAZ mit Sitz in Luzern regeln soll. Dadurch sollen Benachteiligungen beseitigt werden, dies zumindest die Forderung der Motionärin.

Die FDP lehnt die Motion aus verschiedenen Gründen ab. Zuerst generell zur Medienfinanzierung durch den Staat: Die Bevölkerung ist hier kritisch. Am 13. Februar 2022 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf eidgenössischer Ebene ein Medienförderungspaket mit doch ansehnlichem Mehr verworfen. Bis auf zwei Ausnahmen haben auch alle Deutschschweizer Kantone, und damit auch der Kanton Zürich, das Medienförderungspaket bachab geschickt. Und dort, in diesem Medienförderungspaket, war eben auch eine Position «Förderung von Journalistinnen und Journalisten». Wir sind also kritisch auch von der Bevölkerung her. Sie haben vielleicht gestern den Entscheid im Fürstentum Liechtenstein mitbekommen (*Ablehnung der staatlichen Förderung von Radio Liechtenstein durch das Stimmvolk*), das ist ganz beachtlich.

Die FDP lehnt direkte staatliche Medienförderung ab. Wir wollen auch keine zusätzliche Verstaatlichung dieser Medien. Jüngst hat sich sogar ein Publizist und ehemaliger Generaldirektor der SRG (*Roger de Weck*) in einem Interview zur Aussage hinreissen lassen, man solle doch das Geld für die Strassenvorlage sparen

und es dafür den Medien geben. Also das ist Verstaatlichung der Medien pur, und ich glaube, das ist in niemandes Sinn.

Zweitens, aus der Sicht der Berufsbildung: Die Argumentation des Regierungsrates stützen wir von der FDP zu 100 Prozent. Eine Finanzierung des MAZ würde der Berufsbildungssystematik widersprechen. Das MAZ ist keine akkreditierte Institution des Hochschulbereichs und wird vom Bund nicht als beitragsberechtigt anerkannt. Bei der Diplomausbildung Journalismus des MAZ handelt sich eben nicht um eine solche anerkannte tertiäre Ausbildung. Würden hier jetzt Beträge entrichtet, könnte theoretisch jede Institution, jede Weiterbildungsinstitution, die auch noch Unterstützung braucht, hier Antrag stellen. Und wir könnten auch weitere Motionen einreichen, um solche Institutionen zu unterstützen. Aber das bringt nichts.

Im Bereich der Journalismus-Schulen bietet die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, wie Sie im Bericht des Regierungsrates sehen, zudem einen Bachelor-Studiengang Kommunikation, wo man Journalismus vertiefen kann. Dieser Studiengang wird über die bestehenden und etablierten Gefässe des Kantons Zürich, des Bundes und der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung finanziert. Die Studiengebühr beträgt 720 Franken pro Semester. Das ist notabene viel weniger als für gewisse Lehrgänge der höheren Berufsbildung, wo man zum Teil Tausende von Franken zahlen muss, um einen HF-Abschluss (*Höhere Fachschule*) zu kriegen. Wir haben also die Möglichkeit der Ausbildung und zudem – das ist gesagt worden – gibt es immer noch die Möglichkeit der Stipendien. Stipendien kann man beantragen, aber diese Motion braucht es nicht.

Urs Glättli (GLP, Winterthur): Die Motion will eine ausserkantonale branchenspezifische Ausbildung mit einer neuen, wiederkehrenden Ausgabe finanziell unterstützen, wie das teilweise andere Kantone tun. Im Schul- und Bildungsbereich sind neun Jahre Volksschule gratis, alles andere kostet, wenn auch teilweise nicht kostendeckend. Dort, wo Bildung nicht kostendeckend ist, ist dann aber der Kanton Träger der Bildungsinstitution, so wie bei der Universität des Kantons Zürich. Der Kanton betreibt und finanziert an der ZHAW das Institut für Angewandte Medienwissenschaften, IAM, das reicht. Weiterbildung wird primär durch Private und nicht durch den Staat angeboten, Dieter Kläy hat es auch schon herangezogen. An diesem Grundsatz soll festgehalten werden. Es scheint nicht zu wenig Fachkräfte mit journalistischer Ausbildung zu geben, eher zu viele, was sie dann aus den Medienhäusern unter anderem in die Verwaltungen treibt.

Die Motion ist wider die Verursacherfinanzierung, wider die Wirtschaftsfreiheit und wider die Gleichbehandlung von Anbietenden von Ausbildung. Bei einer Zustimmung würden andere Benachteiligungen geschaffen, insbesondere zu anderen Branchenausbildungen. Man sollte nicht ohne Not öffentliche Gelder für neue Aufgabenbereiche äufnen, im Gegenteil, es ist aus fiskalischen Interessen abzulehnen. Die Grünliberalen lehnen daher die Motion ab.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Das hervorragende Medienausbildungszentrum MAZ verdient es, vom Kanton Zürich finanziell unterstützt zu werden. Einige der Vorredner haben darauf Bezug genommen, dass sie gegen eine staatliche Medienförderung sind. Wir fördern damit kein einziges privates Medium, sondern wir helfen dem MAZ, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Medien auf ausgebildete Journalistinnen und Journalisten zurückgreifen können. Also da gibt es doch gewisse Missverständnisse, die wir hier klar zurückweisen müssen. Ich hoffe, wir sind uns einig darin, dass wir alle – und ich spreche jetzt hier vor allem natürlich auch die Parteien an – ein vitales Interesse an unabhängigen, vielfältigen und eben auch sehr guten publizistischen Medien haben. Denn nur mit solchen haben wir auch eine funktionierende Demokratie.

Leider müssen wir aber feststellen, das erfahren wir alle täglich auf Gemeindeebene: Der Journalismus, insbesondere der Lokaljournalismus, steht unter massivem Druck. Wir haben das Beispiel von Tamedia AG (*heute TX Group*) gehört. Es werden verschiedene Regionalzeitungen aufgehoben und in die Zürcher Redaktion integriert. Das wird zu keiner Verbesserung des Lokaljournalismus führen. Damit verbunden ist auch ein recht grosser Stellenabbau. Auf der anderen Seite haben wir – und das mag jetzt eben paradox klingen – trotz des Stellenabbaus in der Medienbranche einen grossen Fachkräftemangel. Das Online-Magazin «Republik» verfolgt diese Entwicklung seit Jahren, und es ist feststellbar, dass in den letzten Jahren mehrere hundert Journalistinnen und Journalisten die Branche verlassen haben. Und einer der Gründe ist, dass die grossen Medienhäuser die Personalentwicklung und die Aus- und Weiterbildung systematisch vernachlässigen. Und das ist eigentlich ein Angriff auch auf die Qualitätssicherung dieser grossen Medien.

Wir haben es auch schon gehört: Viele verschiedene Kantone – es sind zwölf Deutschschweizer Kantone – unterstützen das Medienausbildungszentrum MAZ in Luzern mit jährlichen Beiträgen. Judith Stofer hat es gesagt, wir reden hier von ein paar wirklich läppischen Zehntausenden Franken; also hier von fiskalischen Verwerfungen zu sprechen – du hast zwar nicht «Verwerfungen» gesagt, Urs Glättli, aber da würde ich mir dann doch eine etwas gedämpftere Debatte wünschen. Zwölf Deutschschweizer Kantone unterstützen das MAZ. Das MAZ – ich habe es gesagt, wir haben es schon gehört – ist eines der führenden Journalismus-Kompetenzzentren in unserem Land. Es ist nicht irgendeine Ausbildungsinstitution, es bürgt für Qualität. Es geniesst einen wirklich hervorragenden Ruf.

Der Regierungsrat will nichts von dieser Unterstützung wissen. Er verweist auf das Angebot des Bachelor-Studiengangs an der ZHAW. Ich glaube, es geht eben nicht darum, das eine oder das andere gegeneinander auszuspielen, wir Grüne sagen ganz klar: Wir sollten nicht nur das eine tun, sondern eben beides tun. Der Preis dafür ist – ich habe es gesagt – ein läppischer. Im Gegenzug ist aber die Misere im Journalismus, im Lokaljournalismus, und die daraus resultierenden negativen Folgen für die Demokratie, diese Misere ist zu gross. Und das ruft nach Handeln. Und deshalb bitte ich Sie, sagen Sie Ja zu dieser Motion. Sagen Sie damit auch Ja zu einem läppisch kleinen Beitrag und so unterstützen Sie damit

letztlich auch eine funktionierende Demokratie und eine gewisse Medienqualität. Ich danke Ihnen herzlich für die Unterstützung.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Dass Qualitätsjournalismus wichtig ist, wichtiger denn je, ist uns allen klar, gerade in der heutigen Zeit, in welcher die Menschen immer weniger Interesse an den klassischen Nachrichtenmedien haben. Der Kanton Zürich bietet neben dem an der ZHAW angebotenen Bachelors-Studium in Kommunikation auch an der ZHdK (*Zürcher Hochschule der Künste*) einen Bachelor-Studiengang in Audio Vision Media an. An der Fachhochschule Graubünden gibt es einen Bachelor-Studiengang in Multimedia Production. Es gibt also anerkannte Alternativen zum MAZ.

Das MAZ erhält, wie wir es gehört haben, keine Beiträge, da im Kanton Zürich an vom Bund nicht anerkannte tertiäre Bildungsgänge ausserkantonaler Institutionen keine Beträge geleistet werden. Wir sind der Meinung, dass das MAZ, wenn es beitragsberechtigt werden soll, sich als Institution auf dem Weg machen muss, damit es vom Bund akkreditiert wird. Es ist davon auszugehen, dass für eine Institution, welche ein solch hohes Renommee hat, wie es von den Postulanten gesagt wird, für eine Akkreditierung nichts im Weg stehen sollte. Auch der Bund weiss, dass Qualitätsjournalismus wichtig ist. Solange dies aber nicht der Fall ist und das MAZ keine vom Bund akkreditierte Schule ist und es im Kanton Zürich anerkannte Institutionen gibt, welche Bachelor-Studien in Richtung Journalismus anbieten, braucht es keine Gelder – auch wenn es wenig Geld ist – für die Unterstützung des MAZ. Es wäre auch eine Bevorteilung gegenüber anderen nicht anerkannten ausserkantonalen Institutionen. Die Mitte lehnt aus diesen Gründen die Motion ab.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Ich gebe Ihnen meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Geschäftsführer eines Medienunternehmens und habe 2001 die zweijährige Diplomausbildung «Journalismus» am Medienausbildungszentrum MAZ absolviert, um die es in diesem Vorstoss geht. Und ich muss sagen, ich stelle bei der Regierungsantwort auf unseren Vorstoss eine inkonsequente Haltung fest, die mir leider immer wieder begegnet. Die Regierung anerkennt die Wichtigkeit der Medienvielfalt und Qualität für die Demokratie, aber ganz konkret möchte man die Medienausbildung dann doch nicht stärker unterstützen. Medienqualität ist wichtig, aber sie darf, bitteschön, nichts kosten, eine enttäuschend inkonsequente Haltung. Oder weshalb sonst will der Kanton Zürich die berufs begleitende Ausbildung von Medienschaffenden an der anerkannten Schweizer Journalismusschule MAZ, Medienausbildungszentrum Luzern, denn nicht unterstützen? Studierende der zweijährigen Diplomausbildung «Journalismus», die aus den Kantonen Glarus, Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Thurgau, Uri, Zug, Baselland, Basel-Stadt, Freiburg und Solothurn kommen, bezahlen für das Studium rund 18'000 Franken, weil ihre Kantone die MAZ-Ausbildung unterstützen. Studierende aus dem Kanton Zürich zahlen die vollen 28'000 Franken, weil der Kanton Zürich nichts bezahlt.

Mit dieser Motion fordern wir, dass der Kanton Zürich dieses knausrige Verhalten endlich korrigiert und die führende Schweizer Journalistenschule MAZ und deren berufsbegleitende Journalismus-Ausbildung endlich subventioniert. Aber der Regierungsrat will auch das nicht. Die Institutionen seien schwer vergleichbar und überhaupt habe man ja das ZHAW-Studium. Also bitteschön, lieber Regierungsrat, das MAZ ist das renommierte und führende Schweizer Kompetenzzentrum für Journalismus, an dem unzählige Medienschaffende unseres Landes ausgebildet wurden und heute ihren wichtigen Beitrag für die Gesellschaft als vierte Gewalt im Staat leisten. Und Sie vernebeln den Sachverhalt mit der missverständlichen Aussage, die Angebote seien betreffend Qualität schwer vergleichbar. Wollen Sie das MAZ damit bewusst abwerten, um den ZHAW-Studiengang aufzuwerten? Der ZHAW-Studiengang und das MAZ sind keine Konkurrenten, sondern sie ergänzen sich. Die ZHAW bietet einen Bachelor-Studium an, das MAZ eine berufsbegleitende, praxisorientierte Diplomausbildung «Journalismus». Die EVP bittet Sie, dem Bekenntnis zur Förderung der Medienqualität Taten folgen zu lassen und die bewährte Journalismus-Ausbildung am MAZ zu unterstützen und für die angehenden Journalistinnen und Journalisten erschwinglicher zu machen. Sonst müssen Sie sich selbst an der Nase nehmen, wenn Sie sich das nächste Mal über einen schlechten Medienbeitrag ärgern.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Als Vertreterinnen und Vertreter des Kantons Zürich müssten wir eigentlich auch ein Interesse daran haben, dass Zürcherinnen und Zürcher massgeblich am MAZ in Luzern ausgebildet werden; nicht zuletzt deshalb, weil die Zürcherinnen und Zürcher, die hier aufgewachsen sind, eben auch unsere Zusammenhänge sehr gut kennen. Sie wissen, wo Rüschlikon ist, aber sie wissen auch, wo Altikon liegt, und wie die Gemeinden alle heissen. Das kennen sie eben und sie kennen auch die Gepflogenheiten hier, und das ist eine wichtige Voraussetzung gerade für den Regional- und für den Lokaljournalismus. Insofern müssten wir eben auch ein Interesse daran haben, dass Leute, die hier aufgewachsen sind, später auch mal über diese Breitengrade hier im Kanton Zürich schreiben.

Ich habe noch eine einzige Frage, die ich eigentlich gerne stellen möchte, ich möchte sie an Herrn Rochus Burtscher stellen: Sie haben vorhin gesagt, dass Menschen, die vom Staat Gelder beziehen, nachher unfrei seien. Ich kann mir jetzt nicht vorstellen, dass Journalisten, die das MAZ besucht haben, aus einem Kanton, der das MAZ fördert, nachher unfrei sind. Aber wenn ich jetzt Ihren Gedanken ein bisschen weiterspinne, möchte ich Sie einfach fragen: Die grössten Empfängerinnen und Empfänger von Direktzahlungen in der Schweiz – Sie wissen es – sind die Bäuerinnen und Bauern. Wollen Sie sagen, dass diese wichtigen Mitglieder unserer Gesellschaft unfrei seien, weil sie Gelder vom Staat beziehen? *(Zwischenrufe)*

Ratspräsident Jürg Sulser: Der angesprochene Rochus Burtscher möchte nichts dazu sagen.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Nur kurz: Karin Fehr, es ist so, dass der Lokaljournalismus tatsächlich unter Druck ist, das merkt ihr in Uster. Das merken wir in Winterthur und das wird auch das Zürcher Oberland oder wo auch immer merken. Aber das ist zum Teil eine Folge von unternehmerischen Entscheiden. Wenn die Tamedia (*heute TX Group*) halt beschliesst, jetzt die Redaktionen im Onlinebereich zusammenzulegen – immerhin werden sie weiterhin gedruckte Titel regional herausgeben –, dann ist das ihr unternehmerischer Entscheid, so wie es der unternehmerische Entscheid der NZZ war, eigentlich nicht mehr über Winterthur zu berichten; ich finde dort eigentlich nichts mehr über Winterthur. Früher gab es eine Winterthurer Seite. Ich mag mich erinnern, 1998 hat der Tages-Anzeiger in Winterthur ein Büro eröffnet und eine ganze Winterthurer Seite gemacht. Das war wirklich die grösste Medienvielfalt, die wir dort hatten, zusammen mit «Landbote», «Stadtblatt» et cetera, et cetera. Aber das sind unternehmerische Entscheide. Und wenn wir heute dieser Motion zustimmen würden, was wahrscheinlich nicht der Fall sein wird, dann würde das gar nichts ändern an diesen unternehmerischen Entscheiden, auch wenn ein, zwei Journalistinnen/Journalisten aus dem Kanton Zürich von einer solchen Vergünstigung profitieren könnten.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Lieber Dieter Kläy, so sehr ich dich schätze, aber ich glaube, du hast den Kern dieses Anliegens nicht verstanden. Es geht nicht um unternehmerische Freiheit. Ihr singt uns jeden Montag das Hohelied des dualen Systems, des dualen Bildungssystems, und da schliessen wir eben eine Gruppe von Leuten, die keine Matur haben, genau vom Berufsstand des Journalismus aus, weil sie an der ZHAW eben nicht Journalismus studieren können; dort ist ja für die Zulassung eine Matur oder Berufsmatur nötig. Beim MAZ können sie das mit einer Berufslehre machen, mit entsprechenden Praktika. Ich verstehe nicht, dass ausgerechnet der Vertreter des Gewerbeverbands hier dermassen dagegen spritzen muss.

Man kann es aber auch noch ökonomisch betrachten: Unsere Schulen hier sind ein Vielfaches teurer als das, was es kosten würde, einen Betriebsbeitrag ans MAZ zu geben. Also der Kanton Zürich könnte mit der Annahme dieses Postulates auf jeden Fall nur profitieren, und es ist absolut unverständlich, dass wir diese Chance ungenutzt vorübergehen lassen.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte auch auf Dieter Kläy replizieren. Den einen Teil hat jetzt Markus Schaaf gesagt, aber zum zweiten Teil, also da muss ich dich schon korrigieren, Dieter. Du hast gesagt, Medienfinanzierung durch den Staat, das gehe nicht. Es sei eine direkte Finanzierung der Medien durch den Staat, wenn wir das MAZ unterstützten. Was ist denn an der Unterstützung der ZHAW durch den Kanton Zürich anders? Also ich verstehe das nicht. Das wäre ja dann auch eine Medienfinanzierung, wenn Studierende an der ZHAW sich zum Journalisten und zur Journalistin ausbilden lassen. Dann würde ja die ZHAW oder würde der Kanton Zürich indirekt durch die ZHAW die Medien finanzieren; das ist eigentlich deine Schlussfolgerung.

Das MAZ ist aber wirklich eine sehr fitte Medienschule, das muss ich sagen. Da werden die jungen angehenden Journalistinnen und Journalisten auch in neuen Medientechniken und Medienformen ausgebildet. Wir sehen, dass alternative Medien geschaffen werden, zum Beispiel «zueri.ch» (*Onlinemedium*) oder die «Republik», die in die Bresche springen, die durch den Abbau beim Tages-Anzeiger oder der NZZ entsteht. Oder auch Alternativen wie Podcasts: Von denen werden auch viele gemacht und sie sind wirklich auch sehr, sehr nahe am Lokalgeschehen und informieren darüber. Es gibt also Alternativen, und für diese Alternativen müssen wir eben auch sehr fitte Jungtalente, Journalistinnen und Journalisten ausbilden, und das macht das MAZ auch. Das MAZ ist daher wirklich am Puls des Geschehens.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Das Medienausbildungszentrum MAZ mit Sitz in Luzern bietet Lehrgänge und Weiterbildungen im Bereich Journalismus und Kommunikation an. Das MAZ ist keine akkreditierte Institution des Hochschulbereichs, wird vom Bund nicht als beitragsberechtigter anerkannt. Das MAZ ist also keine Fachhochschule, sondern eine Ausbildungsinstitution, die eigene Abschlüsse vergibt. Das sagt nichts über die Qualität der Ausbildungen und Weiterbildungen am MAZ aus. Diese ist unbestritten und steht hier nicht zur Diskussion. Der Kanton Zürich leistet keine Beiträge an vom Bund nicht anerkannte tertiäre Bildungsgänge ausserkantonaler Institutionen.

Die Motion verlangt nun, dass der Kanton ausnahmsweise für das MAZ Kantonsbeiträge an eine ausserkantonale private Ausbildungsinstitution ausserhalb des Hochschulbereichs leisten soll. Das ist abzulehnen, und nicht aus Geiz oder aus Kleinsicht oder was auch immer, sondern aus rein bildungssystematischen Gründen und gestützt auf unsere Gesetzesgrundlagen und unsere langjährige Praxis. Es ist vor allem auch deshalb abzulehnen, weil die ZHAW eine etablierte Ausbildung im Bereich Journalismus und Kommunikation anbietet. Der Kanton Zürich als Träger der ZHAW investiert also bereits heute viel in die Ausbildung künftiger Journalistinnen und Journalisten. Angehende Journalistinnen und Journalisten sind eingeladen, ihre Ausbildung an der ZHAW zu absolvieren. Die Ausbildung ist qualitativ hochstehend, und die Studiengebühren sind im Vergleich zum MAZ bescheiden. Mit einer HF (*Höheren Fachschule*) sind somit auch Menschen ohne Berufsmatura oder ohne Maturität dabei.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat Ihnen, die Motion abzulehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 109 : 65 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 479/2022 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.